

Entlastungsprogramm 2015–2018 Bundeserbschaftssteuer

tfz network breakfast, 10. April 2015
Regierungsrat Peter Hegglin

Agenda

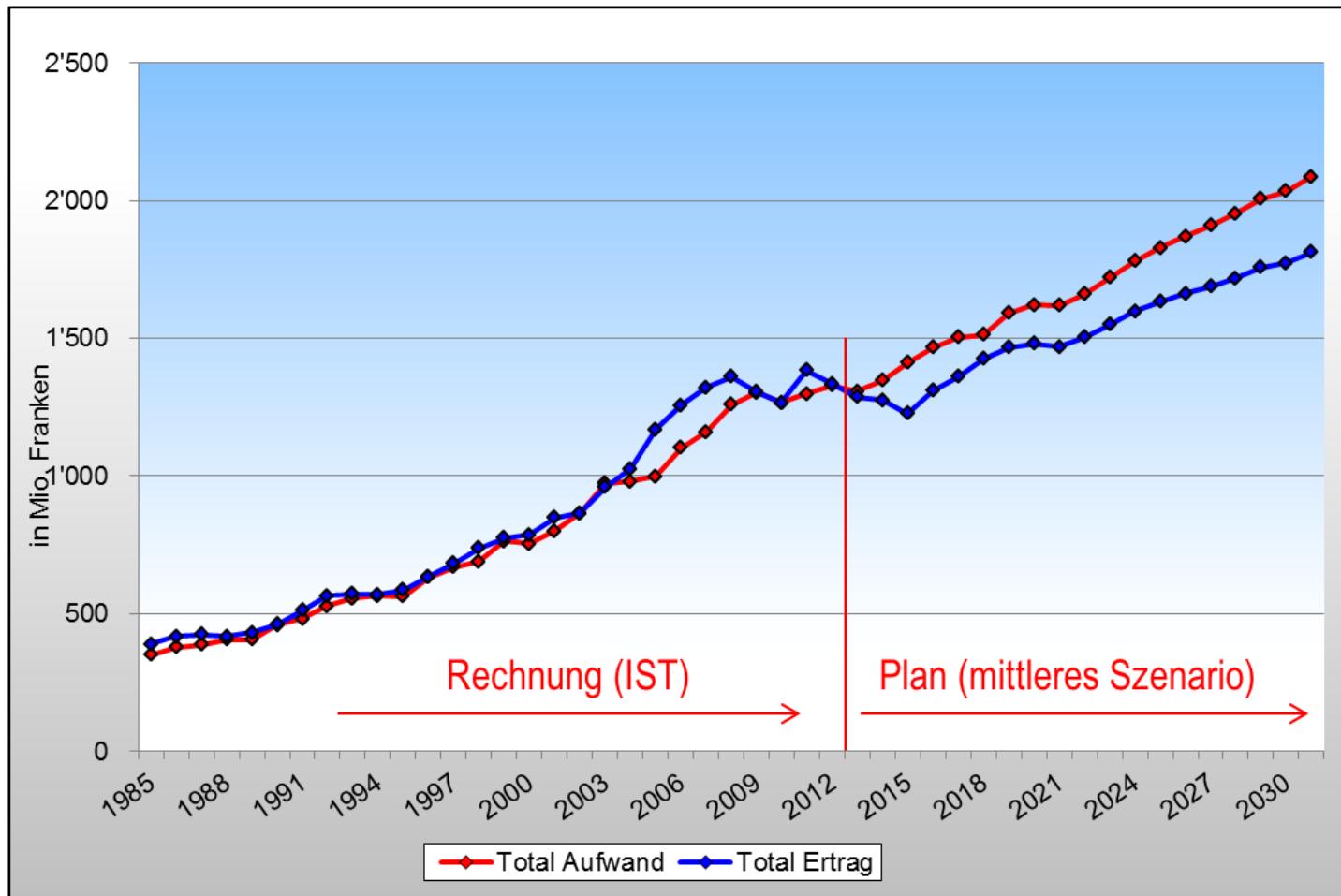
1. Ausgangslage / Organisation / Terminplan
2. Massnahmen
3. Weiteres Vorgehen
4. Bundeserbschaftssteuer
5. Fragen

1. Ausgangslage / Organisation / Terminplan

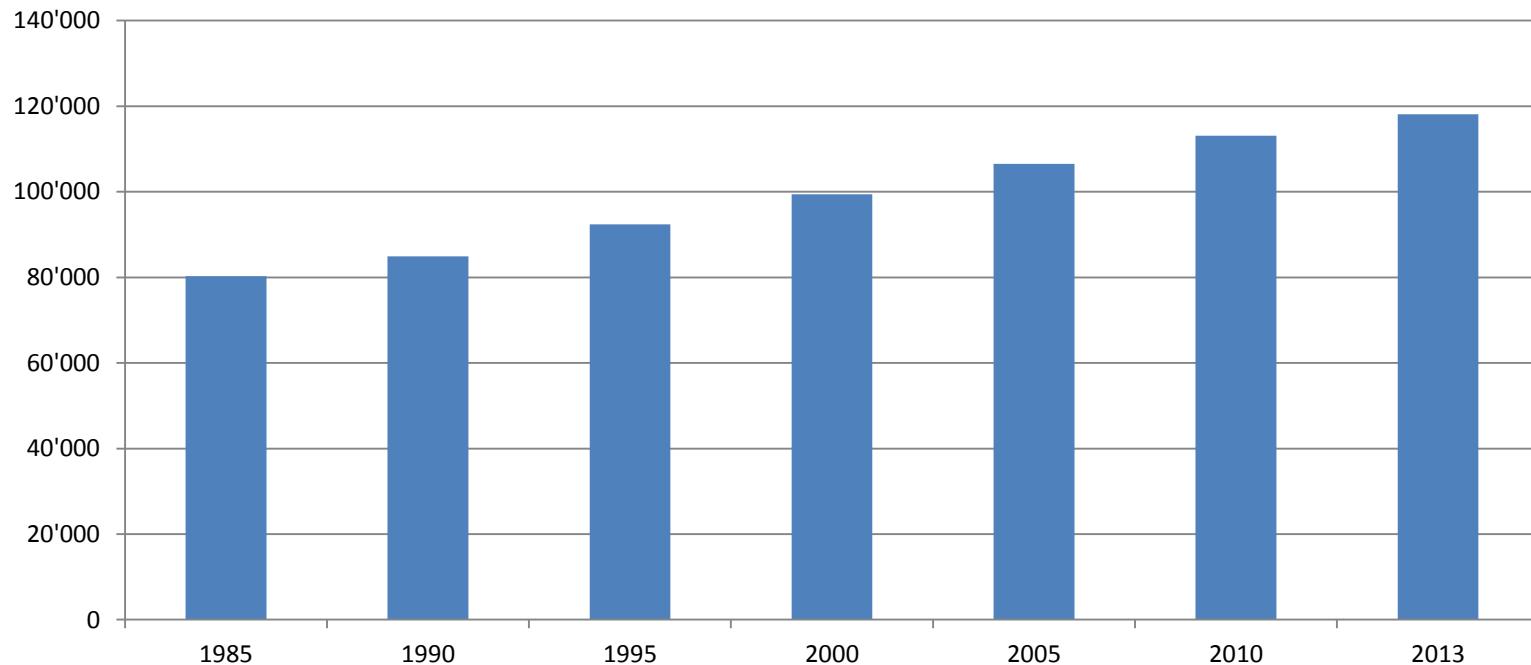
Ausgangslage des Entlastungsprogramms

- Finanzielle Situation hat sich verschlechtert
- Gründe: Nationaler Finanzausgleich (NFA), anstehende Investitionen, sinkende Steuereinnahmen, konjunkturelle Lage
- Kanton Zug muss 80 bis 100 Millionen Franken einsparen für einen Finanzhaushalt im Gleichgewicht
- Sofortmassnahmen mit Budget 2015, weitere Massnahmen nötig

Entwicklung Aufwand / Ertrag 1985–2031



Bevölkerungswachstum Kanton Zug 1985–2013

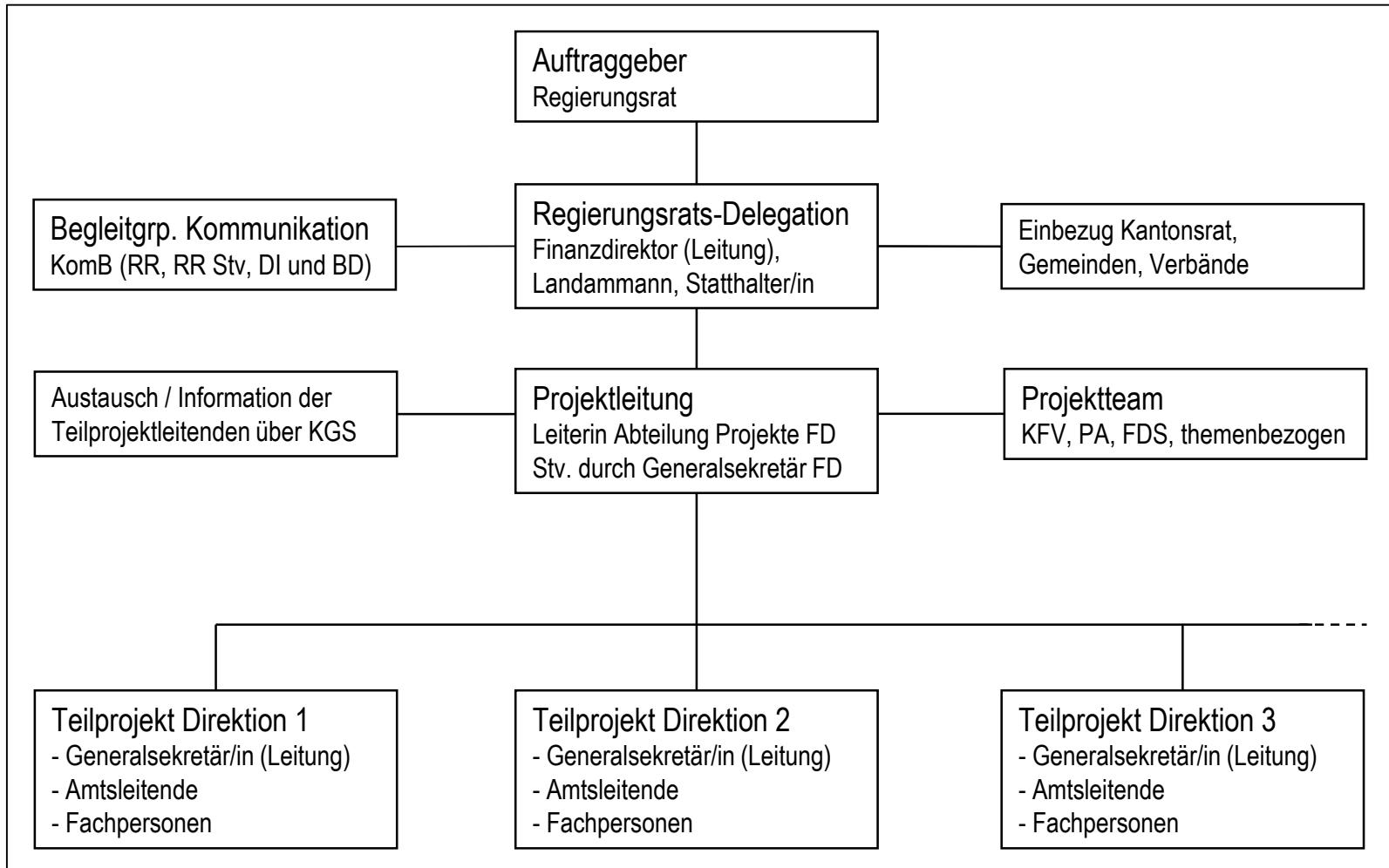


Bevölkerungswachstum 1985–2013: 47,1 Prozent
Bevölkerungswachstum 2005–2013: 10,9 Prozent
Bevölkerungswachstum 2005–3. Quartal 2014 (119'190): 11,9 Prozent

Pendlerinnen/Pendler, Beschäftigte, Unternehmen

- Zupendl 2012: 36 000, 81,0 Prozent mehr als im 2000
- Wegpendler: Zunahme 56,4 Prozent auf 17 000 Personen.
(Zug, Genf und Basel-Stadt: schweizweit höchster Pendlersaldo)
- Anzahl Beschäftigte im Verhältnis zur Bevölkerung:
2011 mit 89,5 ein markant höherer Wert als andere Kantone.
(Zum Beispiel: ZH: 68,9 / LU: 60,5 / NW: 54,0 / AG: 51,5 / SZ: 51,2)
- Anzahl Unternehmen 2005–2014: Zunahme 26 Prozent auf 30 745

Projektorganisation (Organe)



Eckwerte Entlastungsprogramm 2015–2018

- Alle müssen sparen.
- «Notwendiges» von «Wünschbarem» trennen.
- Zurzeit keine Steuererhöhungen vorgesehen.
Gebührenerhöhungen denkbar.
- Bundesvorgaben oder -leistungen als Referenzgrössen.
- Personalaufwand senken, Investitionsausgaben beschränken.
- Gemeinden einbeziehen.

Terminplan

9. Sept. 2014	Workshop: über 900 Eingaben
30. Okt. 2014	RR: Auftrag an Direktionen zur Vertiefung von über 200 Massnahmen
16. Jan. 2015	Termin Rückmeldungen Direktionen
24. Feb. 2015	1. Lesung Massnahmenpaket
17. März 2015	2. Lesung Massnahmenpaket
April/Mai 2015	Erarbeitung Budget Finanzplan 2016–2019
Mai–Aug. 2015	Verordnungsänderungen 1. Januar 2016
Juni 2015–Mai 2016	Gesetzesänderungen 1. Januar 2017

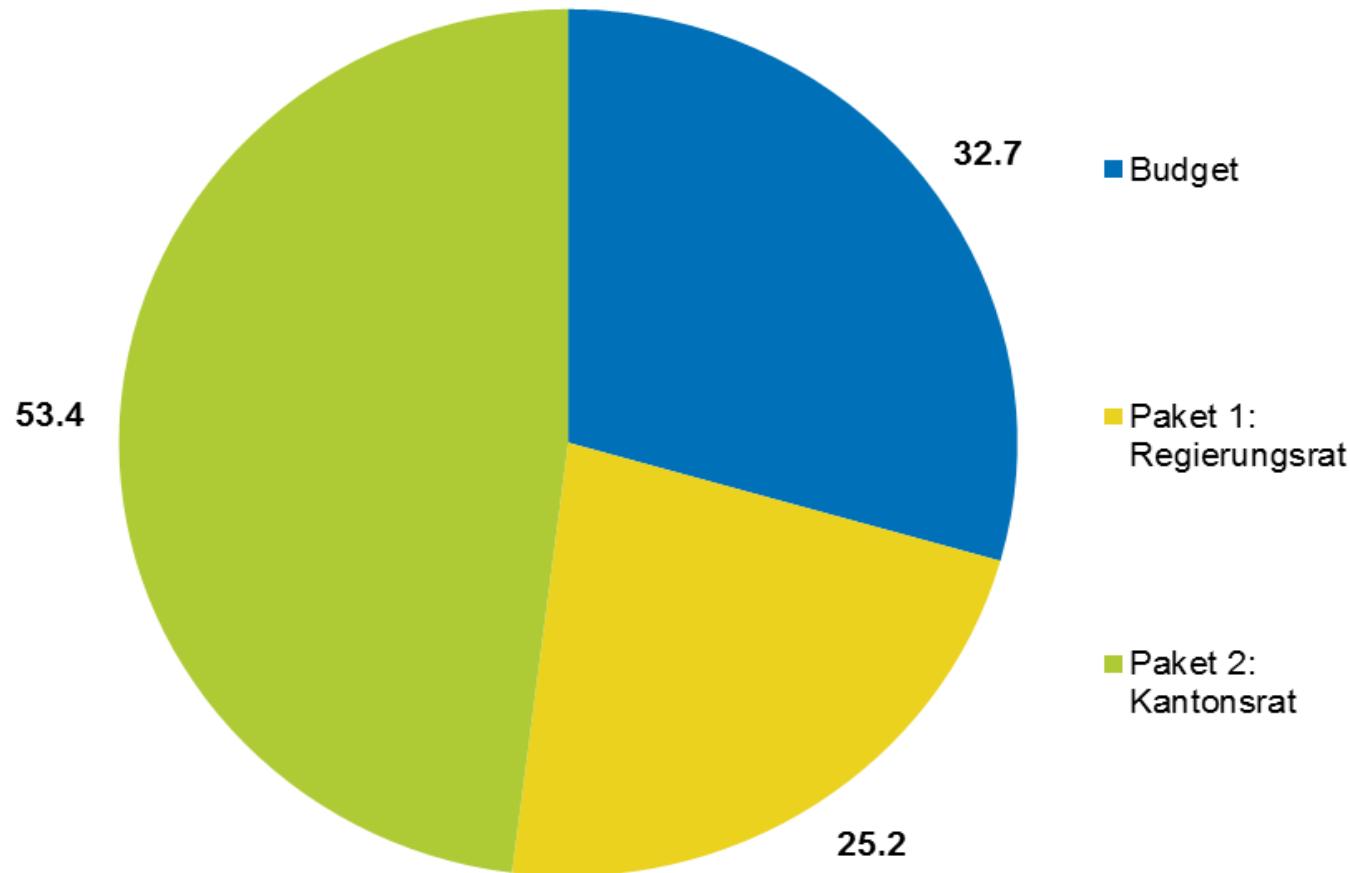
2. Massnahmen

Massnahmen

- 295 Massnahmen:

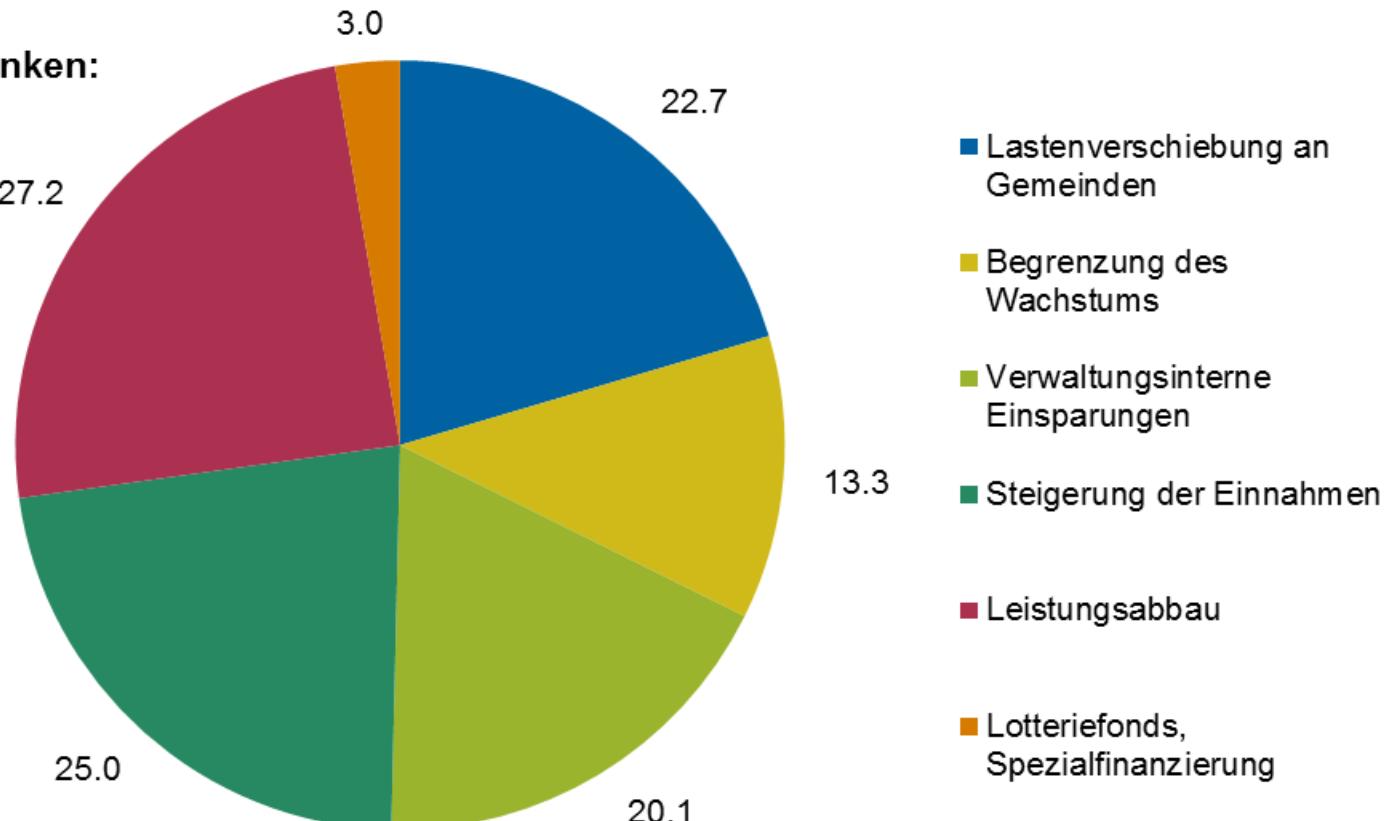
258 Laufende Rechnung	111 Millionen
37 Investitionsrechnung	100 Millionen
- Personalbereich rund 24 Millionen, 130 Stellen weniger durch Stellenstopp und Reduktion
- 25 Millionen Mehreinnahmen
- Gemeinden rund 20 bis 25 Prozent, im Gespräch

Entlastung LR 2018 nach Kompetenz der Umsetzung

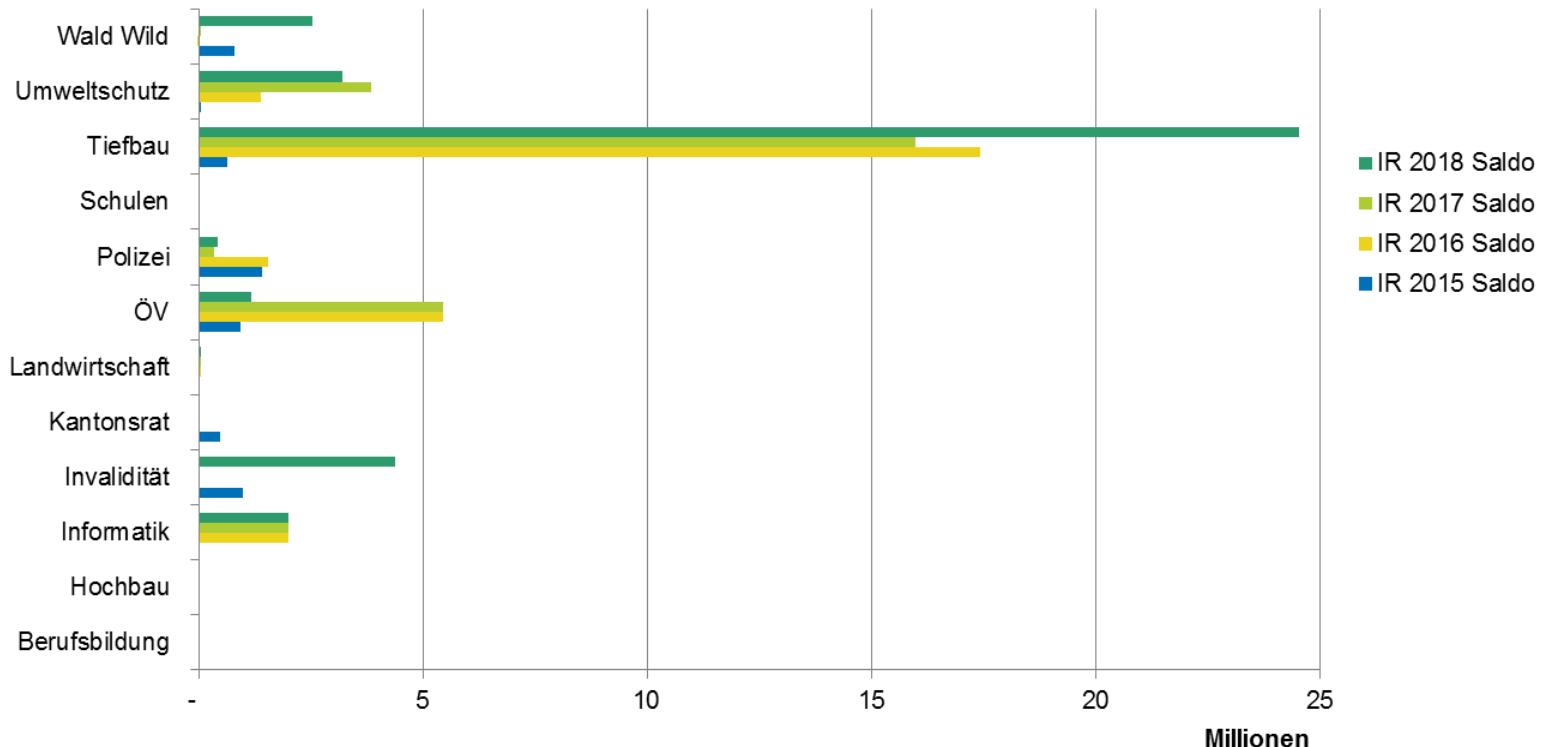


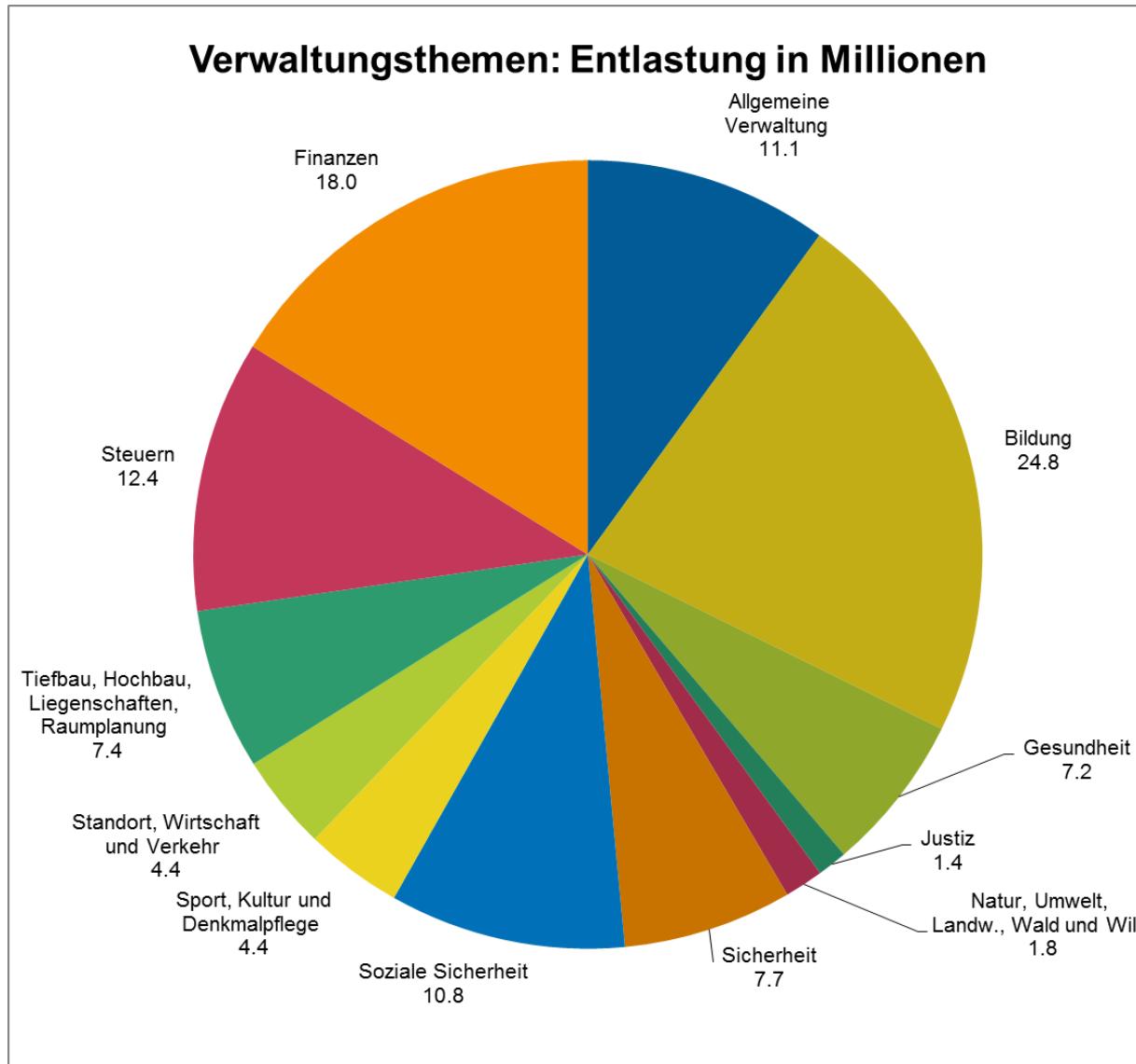
Charakter der Entlastung

In Mio. Franken:

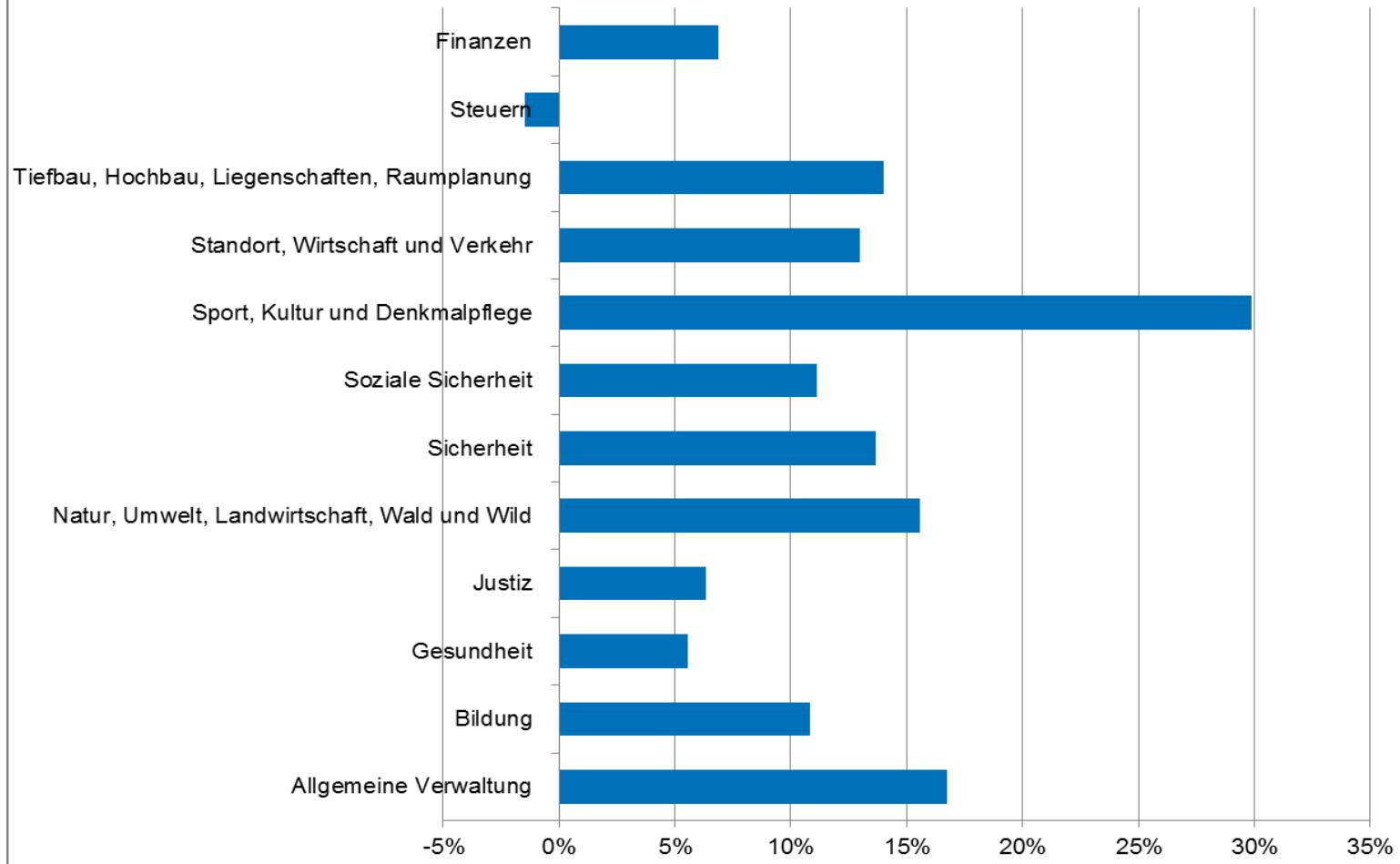


Massnahmen der Investitionsrechnung nach Themenfeld

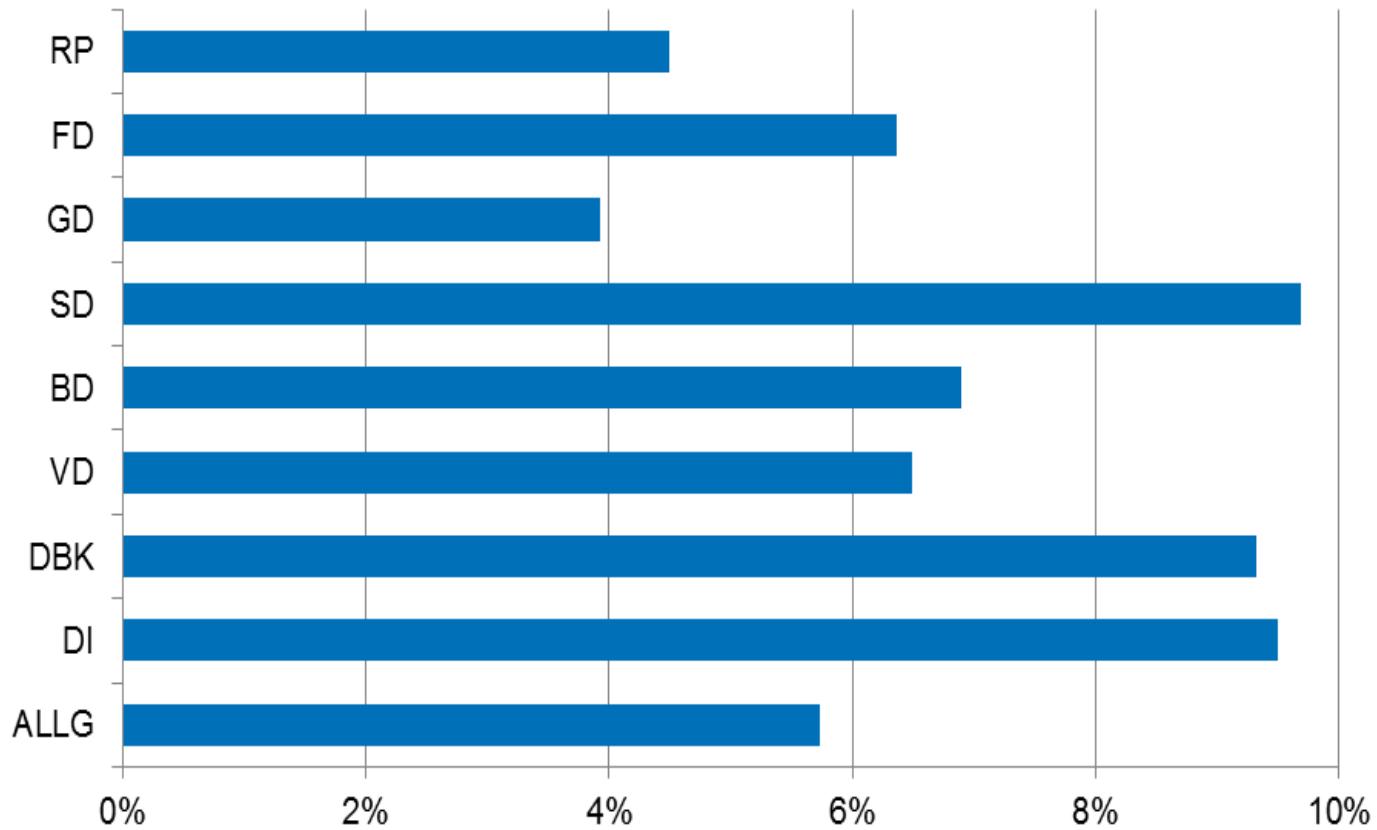




Verwaltungsthemen: Entlastung relativ



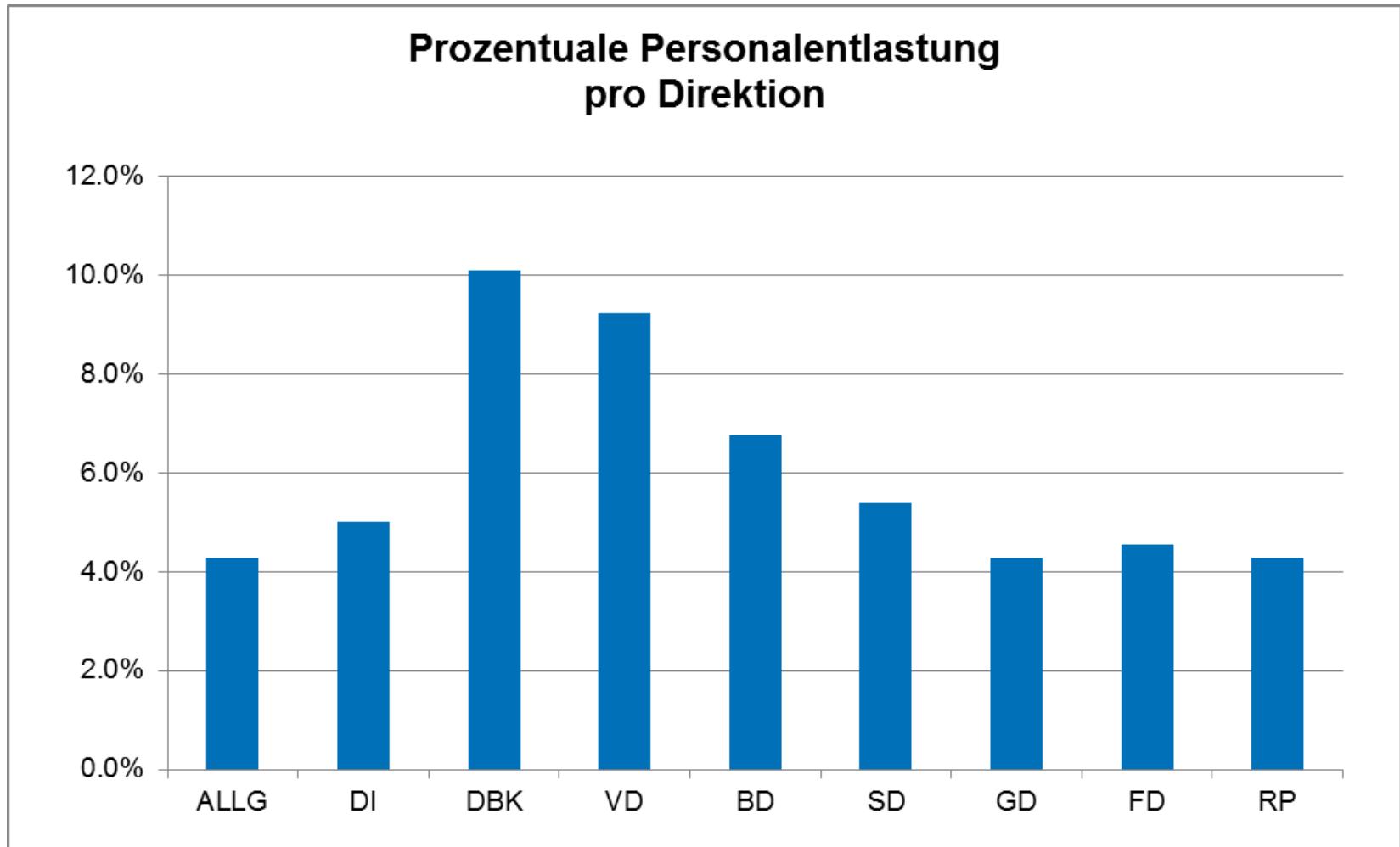
Entlastung 2018 nach Direktionen in % vom Aufwand Budget 2015



Personalmassnahmen

Direktion	Nr.	Massnahme	Personal-einheiten	Saldo 2018
FD	8.25	Verzicht auf Druck der Weiterbildungs Broschüre	-	4'000
	8.24b	Genereller Verzicht auf Abgabe von REKA-Cheks	-	390'000
RP	9.04	Verzicht auf Revision Nebenamtsgeschäft	-	-
Übergreifend	8.08	Kürzung bezahlter Studienurlaube	-	700'000
	8.29	Reduktion von «Overhead» Stellenprozenten für alle umgesetzten Stellenreduktionen	3	420'000
	8.52	Gesamte Verwaltung: Keine neuen Stellen für generelles Wachstum, neue Aufgaben sowie drittfinanzierte Stellen bis und mit 2018	61	9'571'596
	8.84	Senkung Stellenetat um 1 % bis Ende 2016 (ohne Lehrpersonen)	15	2'246'725
	8.23a	Reduktion Beiträge an Personalauslässe	-	150'000
	8.36b	Kürzung Beförderungssumme um 50 %	-	2'600'000
	8.60.	Kleinere, dafür mehr Lohnstellen	-	-
Gesamtergebnis			79	16'082'321

+ Abbau Stellen durch konkrete Massnahmen: 52
Total Einsparung Stellen im Vergleich zu Plan: 131



Leistungs-, Subventions- und Beitragsverfügungen

- Der Kanton Zug hat aktuell 90 LV, SV und BV im Umfang von 64,709 Millionen Franken abgeschlossen.
- Der Regierungsrat hat Einsparungen im Umfang von 8,408 Millionen (12,99 Prozent) beschlossen.
- Die Einsparungen erfordern nebst Neuverhandlungen von LV, SV und BV teilweise auch Gesetzesänderungen und/oder Neuaushandlung interkantonaler Abkommen.
- **Das Ziel einer Reduktion von 10 Prozent wird über die gesamte Verwaltung und von jeder Direktion erreicht.**

Direktion	Anzahl LV / SV / BV	Summe	Einsparung in Franken ab 2017	Einsparung in Prozent	Zielvorgabe von 10 Prozent erreicht
DI	19	34'866'215	3'492'382	10,02	Ja
DBK	16	18'674'590	1'892'800	10,14	Ja
VD	16	4'705'760	779'000	16,55	Ja
BD	5	1'824'760	1'466'500	80,37	Ja
SD	12	929'771	155'000	16,67	Ja
GD	22	3'708'900	622'690	16,79	Ja
Total	90	64'709'996	8'408'372	12,99	Ja

Laufende Rechnung, Entlastung pro Jahr

2015 Minder- aufwand	2015 Mehr- ertrag	2016 Minder- aufwand	2016 Mehr- ertrag	2017 Minder- aufwand	2017 Mehr- ertrag	2018 Minder- aufwand	2018 Mehr- ertrag
8,9	1,4	36,9	8,3	54,9	27,7	70,7	40,6
Saldo für das Jahr 2018							111,3

3. Weiteres Vorgehen

Nächste Schritte

- Budget 2016
- Verordnungen:
 - Mai/Juni Vernehmlassung
 - 25. August 2015 Beschluss Regierungsrat
 - Aufnahme in Budget 2016
- Gesetze:
 - Juli/August/September Vernehmlassung
 - Ende Oktober Antrag Regierungsrat an Kantonsrat
 - 2016: Beratungen Kantonsrat
 - Aufnahme in Budget 2017
- LV/SV/BV:
 - Laufende Verträge werden eingehalten
 - Umsetzung auf 2017

Webseite Entlastungsprogramm 2015–2018

iZug

Arbeitsplatz ▾ Private ▾ Unternehmen ▾ Behörden ▾ Porträt ▾ Themen A-Z ▾ iZug durchsuchen

Startseite ▾ Behörden ▾ Finanzdirektion ▾ Direktionssekretariat ▾ Entlastungsprogramm 2015–2018 ▾

Aktionen ▾ Hinzufügen... ▾

Direktionssekretariat ↑

Entlastungsprogramm 2015–2018

Dokumente

Stand

Entlastungsprogramm 2015–2018

Internet — zuletzt verändert: 27.08.2014 12:02



Kanton Zug will jährlich 80 bis 100 Millionen sparen

Noch ist der Finanzaushalt des Kantons Zug aufgrund des hohen Eigenkapitals gesund. Höhere Ausgaben und sinkende Einnahmen verdüster jedoch die finanziellen Aussichten. Um seine Finanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen, will der Kanton Zug jährlich 80 bis 100 Millionen Franken einsparen. Erste Sofortmassnahmen werden mit dem Budget 2015 umgesetzt. Mit einem Entlastungsprogramm will der Kanton Zug nun auch mittel- und langfristige Massnahmen erarbeiten.

 Medienmitteilung vom 10. Juli 2014 — 28Kb
 BAK Bericht (pdf) — 1042Kb
 BAK Bericht (doc) — 1501Kb

Thema

Dokumente Stand

Menu-Punkt «Dokumente»: nur auf iZug

4. Bundeserbschaftssteuer

Bundeserbschaftssteuer?

- Die Volksinitiative will...
 - Erbschafts- und Schenkungssteuer des Bundes
 - Steuerertrag zu 2/3 an die AHV und zu 1/3 an die Kantone
 - Freibetrag von 2 Millionen Franken auf Nachlass und Schenkungen
 - Befreit sind Ehegattinnen/Ehegatten und steuerbefreite juristische Personen
 - Schenkungen werden rückwirkend per 1.1.2012 dem Nachlass zugerechnet
 - Für Unternehmen und Landwirtschaftsbetriebe gilt ermässigte Besteuerung (von Gesetzgeber zu definieren)

Nein zur Bundeserbschaftssteuer!

- Erbschaftssteuern werden von den Kantonen erhoben
 - Nur der Kanton SZ hat keine Erbschaftssteuer
 - Direkte Nachkommen bezahlen in den Kantonen VD, NE, AI und (teilweise) LU Erbschaftssteuern
 - Hohe Steuersätze für nicht-verwandte Erben (teilweise über 40 Prozent)
- Kein ruinöser Steuerwettbewerb, sondern funktionierender Föderalismus
 - Gesamtbelastung ist relevant für die Standortattraktivität

Nein zur Bundeserbschaftssteuer!

- Problematische Zweckbindung der Erträge
 - Altersvorsorge braucht strukturelle Reformen
- Verfassungsrechtliche Mängel und Ungleichheiten
 - Nachlass- statt Erbanfallbesteuerung führt zu individuellen Ungleichheiten
 - Berücksichtigung bei Unternehmensnachfolge ist offen
 - Rückwirkung ist verfassungswidrig
 - Unklare Behandlung von bereits bezahlten Erbschaftssteuern bei Annahme der Initiative

5. Fragen

